



Kurzanalyse und Bewertung

WAHLPROGRAMM-CHECK SACHSEN

**Landtagswahl 2024: Welche Wahlprogramme
bringen die Energiewende voran?**

Juli 2024

IMPRESSUM

WAHLPROGRAMM-CHECK SACHSEN

Landtagswahl 2024: Welche
Wahlprogramme bringen die
Energiewende voran?

Erstellt durch:

RLS-Graduiertenkolleg
c/o Reiner Lemoine Institut gGmbH
Rudower Chaussee 12 | 12489 Berlin
Tel.: +49 30 1208 434 90
<https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/kolleg>

Layout und Grafiken: Edmund Obermeyer basierend auf Nadine Rossa |
Veröffentlicht im Juli 2024

Autor:innen: RLS-Graduiertenkolleg (Philipp Blechinger, Nubius Brandner, Philipp Diesing,
Martha Hoffmann, Tabea Katerbau, Edmund Obermeyer, Josephine Semb)

Über das RLS-Graduiertenkolleg

Das Team des RLS-Graduiertenkollegs forscht praxis- und anwendungsorientiert in enger Kooperation mit dem Reiner Lemoine Institut und den betreuenden Lehrstühlen an Fragestellungen der EnergieSystemWende. Es wird von einem Netzwerk mit Expert:innen aus Verbänden, Unternehmen und Forschungseinrichtungen unterstützt. Ziel des Kollegs ist es, systemische Hemmnisse der Energiewende besser zu verstehen und zielgerichtete Lösungen zu entwickeln, um ein Energiesystem mit 100 % Erneuerbaren Energien zeitnah möglich zu machen.

Bitte zitieren als:

Reiner Lemoine Kolleg (2024): WAHLPROGRAMM-CHECK SACHSEN, Landtagswahl 2024:
Welche Wahlprogramme bringen die Energiewende voran? - Kurzanalyse und Bewertung



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

INHALT

Landtagswahlen 2024: Die Energiewende voranbringen	4
Das Bundesland Sachsen	5
Worauf es ankommt: Elf energiepolitische Bewertungskriterien	7
Methodisches Vorgehen: Bewertung der Wahlprogramme	10
Wahlprogramm-Check Sachsen: Ergebnisse	11
Überblick	11
CDU.....	13
AfD.....	14
Die Linke.....	15
B90/Grüne	16
SPD.....	17
FDP.....	18
FW.....	19
BSW.....	20
ANNEX	21

Landtagswahlen 2024: Die Energiewende voranbringen

Energiepolitik findet auf allen politischen Ebenen statt. Wichtige Ziele und Rahmenbedingungen werden auf europäischer Ebene entwickelt und für den gesamten EU-Binnenmarkt vorgegeben. Kommunale Entscheiderinnen und Entscheider stellen Weichen für die Identifikation von Flächen oder die Genehmigung von Projekten. Die Bundespolitik regelt maßgeblich die Spielregeln auf dem Energiemarkt und gibt nationale Ziele vor. Aber auch auf Landesebene wird entscheidend mitgesteuert, wenn es darum geht, die Energiewende in all ihren Facetten voranzubringen. Insofern sind auch die **Landtagswahlen 2024** und die Frage, wie sich Parteien im Vorfeld dieser Wahlen positionieren, **entscheidende Gradmesser für den weiteren Verlauf der Energiewende**.

Eine der zentralen Aufgaben der Energiepolitik ist es, das Energiesystem weiterzuentwickeln. Denn das Erneuerbare Energiesystem aufzubauen, gelingt nur über eine aktive **Transformation des Energiesystems**.¹ Die Bedingung für die Erreichbarkeit der Klimaneutralität ist unabdingbar verknüpft mit der **Energiewende bzw. der EnergieSystemWende**. Es verändern sich dabei nicht nur die Energieträger hin zu regenerativen Quellen, sondern das System als Ganzes. Waren es früher wenige Großkraftwerke, werden es zukünftig viele Millionen dezentraler Erzeuger sein, die im Lebensumfeld der Menschen sichtbar werden. Zudem werden auch der Verkehr und die Wärmeerzeugung zunehmend elektrifiziert und Speichertechnologien gewinnen an Bedeutung. All das stellt **neue Anforderungen** an die Gestaltung des Energiesystems.

Das Erneuerbare Energiesystem entsteht aber nicht von selbst. Es braucht politische Gestaltung. Grundlegend dafür ist anzuerkennen, dass der Energiemarkt nur entfesselt werden kann, wenn das Korsett des Konventionellen Energiesystems aufgebrochen und überwunden wird. Getragen von einer gesellschaftspolitischen Vision müssen die Grundlogiken des Energiesystems von der Zukunft hergedacht und grundlegend überarbeitet werden. Diese Systemtransformation braucht Zeit. Aber sie muss mutig und zügig angegangen werden. Damit diese Energiewende gelingen kann, müssen die richtigen Weichen gestellt werden.

Die **Ausbauraten der Erneuerbaren Energien** sind unter der sogenannten Ampel-Koalition (SPD, FDP, Grünen) wieder deutlich **nach oben gegangen** und 2023 wurde mit fast 52 % erstmals über die Hälfte des verbrauchten Stroms durch Erneuerbare Energieträger gedeckt. Überschattet wurden diese Erfolge allerdings durch die Energiekrise – ausgelöst durch den Krieg in der Ukraine – und den damit verbundenen Förderschub für Gasinfrastruktur. Außerdem ist die Transformation nicht in allen Sektoren erfolgreich, vor allem im Verkehrssektor werden weiter die Klimaziele verfehlt. Gleichzeitig haben die Diskussionen um das Gebäudeenergie-Gesetz und die steigenden Energiepreise zu einem Stimmungswandel in der Bevölkerung geführt, die **die Energiewende mehr in Frage stellt**.

Im Herbst 2024 stehen nun drei wichtige Landtagswahlen an. Hierbei bietet sich die Chance, die Energiewende auf Landesebene fortzusetzen. Um zu verstehen, mit welchen Forderungen und Ideen die Parteien ins Rennen um die Landtagswahlen gehen, haben wir den folgenden Wahlprogramm-Check für Sachsen erarbeitet.

¹ Mehr über die Veränderungen im Energiesystem und die Anforderungen, die sich an die Energiepolitik aus dem Erneuerbaren Energiesystems ergeben, finden Sie hier: <https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/aktivitaeten/#new-deal> und hier https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/pdf/RLS_Uebersichtsstudie_zur_EnergieSystemWende_2.pdf

Das Bundesland Sachsen

Überblick und politische Verhältnisse

Sachsen, ein Bundesland im Osten Deutschlands, ist für seine kulturelle und historische Bedeutung bekannt. Mit einer Fläche von etwa 18.450 Quadratkilometern gehört es zu den mittleren Bundesländern Deutschlands und hat rund 4,1 Millionen Einwohner:innen. Die Wirtschaft Sachsens ist vielfältig, mit bedeutenden Sektoren wie der Automobil- und Maschinenbauindustrie, der Mikroelektronik, der Ernährungswirtschaft und dem Tourismus.

Die Landtagswahl in Sachsen ist für den 1. September 2024 angesetzt. Von den 4,1 Millionen Menschen, die in Sachsen leben, sind etwa 3,3 Millionen wahlberechtigt. Bei der letzten Landtagswahl am 1. September 2019 lag die Wahlbeteiligung bei etwa 66,5 %.



Abbildung 1: Sachsen in Deutschland

Der sächsische Landtag besteht aus 119 Abgeordneten, die sich auf sechs Parteien verteilen. Die derzeitige Sitzverteilung ist wie folgt: CDU (44), AfD (34), Die Linke (14), Grüne (12), SPD (10) und 5 fraktionslose Sitze. Bei der letzten Wahl wurde Michael Kretschmer (CDU) zum Ministerpräsidenten gewählt, der eine Koalition aus CDU, Grünen und SPD führt.

In den aktuellen Umfragen zur Landtagswahl 2024 liegt die AfD mit 30 % der Stimmen oder mehr vorn. Die CDU wird auf etwa 29 % geschätzt, während der BSW etwa 15 %, die Grünen und SPD jeweils 7 % und die Linke 3 % der Stimmen erhalten könnten.²

Energieversorgung und Politik

Sachsen wird zunehmend mit den Auswirkungen des Klimawandels, wie Dürren und Unwettern, konfrontiert. Um diese Entwicklungen einzudämmen, ist der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen unverzichtbar. Daher setzt auch Sachsen verstärkt auf den Ausbau Erneuerbarer Energien. Dazu zählen Wind- und Solarenergie, Biomasse, Erdwärme (Geothermie) und Wasserkraft.³

Seit Juni 2021 gibt es in Sachsen das neue Energie- und Klimaprogramm (EKP 2021). Es legt die Ziele und Handlungsschwerpunkte für Klimaschutz und Klimaanpassung in Sachsen fest, einschließlich ambitionierter Ausbauziele für Erneuerbare Energien. Am 4. Juli 2023 hat das Kabinett den Maßnahmenplan zum Energie- und Klimaprogramm Sachsen 2021 bestätigt. In den 31 Maßnahmen zeigt der Freistaat Sachsen, wie die öffentliche Hand als Vorbild beim Klimaschutz voranschreiten wird – von nachhaltiger Beschaffung über Energieeffizienz und Photovoltaikausbau auf Landesliegenschaften bis hin zu umweltbewussterem Bauen sowie treibhausgasarmer Mobilität. Ziel ist es, bereits bis 2040 weitgehende Klimaneutralität der Landesverwaltung zu erreichen.⁴

² Stand: 20.6.2024. Aktuelle Wahlumfragen gibt es hier <https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen.htm>

³ <https://www.energie.sachsen.de/Erneuerbare-energien.html>

⁴ <https://www.energie.sachsen.de/download/20230629EKPMassnahmenplan.pdf>

Zahlen zur Energieversorgung

Im Jahr 2022 wurden in Sachsen 15.300 Gigawattstunden (GWh) Strom erzeugt, was eine Steigerung von 4,8 % gegenüber dem Vorjahr darstellt, wie das Sächsische Landesamt für Statistik berichtet. Um den gesamten Strombedarf aller Verbraucher in Sachsen zu decken, wird auch Strom aus anderen Bundesländern bezogen. Im Jahr 2021 wurden 6.500 GWh Strom aus anderen Bundesländern importiert. Die Erzeugung von Ökostrom erhöhte sich um 12,5 %, wodurch der Anteil der **Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energieträgern auf 55,4 %** anstieg. Sachsen lag damit im Bundesdurchschnitt beim Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung. Allerdings ist der Anteil an Biomasse vergleichsweise hoch, wie **Abbildung 2** zeigt.

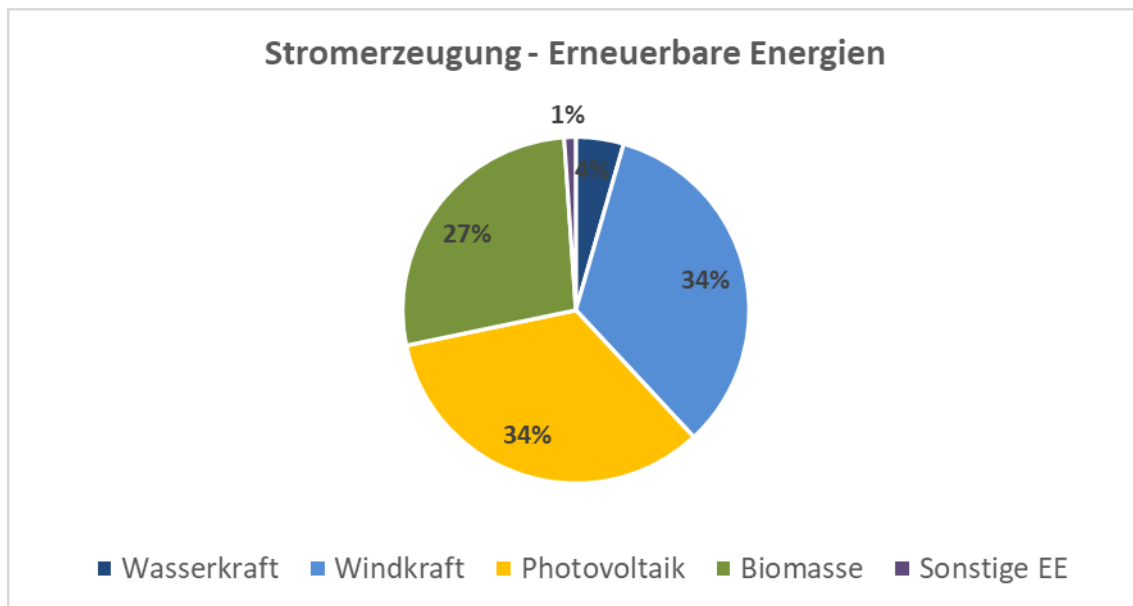


Abbildung 2: Aufteilung Erneuerbarer Energieträger Stromerzeugung für Sachsen 2022⁵

Der Blick auf den Stromsektor offenbart den aktuellen Stand der Energiewende in Sachsen. Mit unserem Wahlprogramm-Check wird nun aufgezeigt, welche Parteien die Energiewende – über alle Sektoren – progressiv fortsetzen möchten.

⁵ https://www.energie.sachsen.de/download/IE_nF_2023-10-17_Prognose_Erneuerbare_Energien_Sachsen_nF.pdf

Worauf es ankommt: Elf energiepolitische Bewertungskriterien

Damit die Gestaltung des Erneuerbaren Energiesystems gelingen kann, braucht es mehr als nur ambitionierte Ausbauziele. Es braucht Konzepte, Strategien und konkrete Maßnahmen. Dabei lassen sich wichtige Schwerpunkte festmachen: In einem Impulspapier haben wir, das Graduiertenkolleg der Reiner Lemoine Stiftung, die Themenkomplexe Flexibilität, Speichertechnologien, Soziale Teilhabe und Erneuerbare Mobilität als wichtige Themenbereiche analysiert und dazu Ende 2020 Ideen vorgelegt.⁶ Inspiriert von den Anforderungen, die sich in diesen Bereichen aus dem Zielmodell des Erneuerbaren Energiesystems ergeben, haben wir diese Ansätze aktuell neu gewichtet und **elf wesentliche Kriterien** herausgearbeitet, die wir für die Bewertung der Wahlprogramme zu den Landtagswahlen 2024 als am wichtigsten ansehen:



1. Vision Erneuerbares Energiesystem

Eine positive Erzählung zur Energiewende und zum Erneuerbaren Energiesystem.

Die Partei muss sich im Wahlprogramm zu einer positiven Erzählung zur Energiewende bekennen. Diese beinhaltet unter anderem die Förderung von Institutionen wie Landesagenturen, die Erneuerbare Energien unterstützen. Die Botschaft der nächsten Landesregierung muss lauten: Kommt, wir bauen das Erneuerbare Energiesystem. Sie muss diese Vision überzeugend vermitteln und unter eine klare Überschrift stellen, die die Fortsetzung der Energiewende als Mission benennt.



2. Ziele Ausbau und Ausstieg

Ambitionierte Ausbauziele für Erneuerbare Energien und klare Ausstiegsszenarien für das fossil-atomare Energiesystem.

Die Partei muss im Wahlprogramm ambitionierte Ausbauziele für Erneuerbare Energien festlegen. Ferner muss sie im Planungs- und Genehmigungsrecht progressiv agieren und die Flächenbereitstellung (insbesondere für Windenergie) voranbringen. Als neue Landesregierung muss sie zudem einen klaren Ausstieg aus Kohle und fossil-atomarer Energie in Angriff nehmen. Das bedeutet den Kohleausstieg für 2038 als Minimalziel zu sehen und diesen möglichst zu beschleunigen.



3. Beteiligung und Teilhabe

Mitwirkung an Energieprojekten und Energiepolitik.

Die Partei muss im Wahlprogramm die Mitwirkungsmöglichkeiten an Energieprojekten und an der Energiepolitik stärken. Teilhabe und Beteiligung müssen als wichtige Elemente der Energiewende anerkannt werden. Diese sollen nicht nur Kommunen, sondern auch Bürger:innen einbeziehen, z.B. in Form von Landesgesetzen für Beteiligung. Dazu gehört auch das Planungs- und Genehmigungsrecht von Energieprojekten im Sinne einer breiteren und frühzeitigeren Öffentlichkeitsbeteiligung zu erweitern. Diese kann durch Energiegenossenschaften, Bürgerenergie, mehr Akzeptanz für Erneuerbare Energien usw. verbessert werden.

⁶ https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/pdf/RLS_Impulspapier_Weichenstellungen_Ern_Energiesystem_Nov%202020_V2.pdf



4. Gerechte Energiewende

Solidarische Aufteilung von Kosten und Gewinnen.

Die Partei muss sich im Wahlprogramm zu einer gerechten und solidarischen Aufteilung von Kosten der Energiewende bekennen. Hier geht es etwa um die Abfederung von Härtefällen, die Umlagen von Sanierungskosten, die Neuausrichtung für faire Netzentgelte, und die Anerkennung von intersektionalen Realitäten, wie Energiearmut oder Identitätenbildung. Wichtig dabei ist, ob Maßnahmen gezielt solidarisch wirken und vulnerable Gruppen schützen.



5. Industriewende

Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft.

Die Partei muss sich im Wahlprogramm zu dem Umbau der Industrie in einer klimaneutralen Wirtschaft bekennen und Strategien zur Erreichung einer klimaneutralen Industrie hervorbringen. Diese beinhalten unter anderem die Elektrifizierung und die Nutzung von grünem Wasserstoff. Es muss von der neuen Landesregierung erkennbar sein, dass Erneuerbare Energien im Vordergrund stehen, und dass es konkrete regulatorische Ansätze für Förderungen und Maßnahmenvorschläge gibt.



6. Flexibles Strommarktdesign und Entgelte

Flexibilitätpotenziale und (dezentrale) Anreize.

Die Partei muss sich im Wahlprogramm klar zum Aufbau eines flexiblen Strommarkts bekennen. Dazu gehört auch die eindeutige Abkehr vom Kupferplatten-Ideal und die Anerkennung der Existenz von Engpässen im Stromsystem. Zudem muss der Zugang zu neuen Flexibilitätsmärkten für neue, auch kleinere, Akteure und Aggregatoren sichergestellt werden. Gerade auf Länderebene ist es wichtig, diese Punkte zumindest anzuerkennen und das Thema Netzentgelte auf die Tagesordnung zu bringen.



7. Progressive Wärmewende

Elektrifizierung und Erneuerbaren Energien in der Wärmewende.

Die Partei muss sich im Wahlprogramm klar zu einer progressiven Wärmewende bekennen. Dazu gehört die Forcierung der Elektrifizierung und Erneuerbaren Energien in der Wärmewende. Aber auch die Sanierung des Gebäudebestands, die Unterstützung des Gebäudeenergiegesetzes, die kommunale Wärmeplanung, und der Gasausstieg. Ferner muss die neue Landesregierung die Sektorenkopplung zwischen Wärme und Strom ermöglichen, damit, unter anderen, die Wärmeerzeugung zunehmend elektrifiziert wird.



8. Antriebs- und Treibstoffwende

Ablösung des fossilen Verbrennungsmotors durch die Elektromobilität und synthetische Kraftstoffe.

Die Partei muss sich im Wahlprogramm zur Antriebs- und Treibstoffwende bekennen und diese durch gezielte Maßnahmen und Instrumente einleiten. Dazu gehört vor allem die Abkehr vom Verbrennungsmotor durch Elektrifizierung und teilweise durch Wasserstoff (Schwerlast und Schiene). Dies beinhaltet unter anderem die Abschaffung veralteter Subventionen für fossile Kraftstoffe und die Umsetzung eines Verbots von Neuzulassungen mit Verbrennungsmotor mit der Ausnahme synthetischer Kraftstoffe. Wichtig für die Antriebswende sind auch Förderung von Elektrofahrzeugen und Ladeinfrastruktur.



9. Verkehrsverlagerung und -vermeidung

Alternativen zum motorisierten Individualverkehr wie ÖPNV und Verkehrsvermeidung.

Die Partei muss sich im Wahlprogramm zur Mobilitätswende bekennen. Wichtige Aspekte der Mobilitätswende sind Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung. Dazu gehören die Umstrukturierung des Steuersystems im Verkehrsbereich, neue Leitmotive in Stadt- und Regionalplanung sowie das Verbot von Kurzstreckenflügen. Ganzheitliche Energieeffizienz muss die oberste Prämisse der Verkehrspolitik werden. Weitere wichtige Aspekte der Verkehrsverlagerung und -vermeidung sind die Stärkung des ÖPNV, Fahrradwege und 15-Minuten-Quartiere und Städte.



10. Infrastruktur und Netze

Umbau der Gas- und Strominfrastruktur und des Stromnetzes.

Die Partei muss im Wahlprogramm den Umbau der Gas- und Strom-Infrastruktur und der Netze thematisieren und Vorschläge machen, wie diese Energiewende-freundlich umgestaltet werden kann. Dazu zählen Maßnahmen, die zum sicheren Betrieb eines Stromnetzes beitragen, in dem die Stromnachfrage zu 100 % aus Erneuerbaren Energien gedeckt wird.



11. Förderung von Grünem Wasserstoff







Wasserstoff als Teil der Energiewende.

Die Partei muss im Wahlprogramm ein klares Bekenntnis für die Rolle und Bedeutung von grünem Wasserstoff für die Energiewende festhalten und diesen als Teil der Energiewende gezielt fördern. Grüne Wasserstoffprojekte sollen sich vor allem auf die lokale Erzeugung und die Transportinfrastruktur fokussieren sowie auf lokale Märkte und die Förderung von Verbrauchern.

Methodisches Vorgehen: Bewertung der Wahlprogramme

Für die Analyse haben wir die in den Wahlprogrammen beschriebenen Maßnahmen und Ziele den elf Bewertungskriterien zugeordnet und anschließend geprüft, inwieweit diese den geforderten Handlungsempfehlungen genügen. Die Untersuchung wurde für die Landtagswahlprogramme in Sachsen, Thüringen und Brandenburg mit einer einheitlichen Methodik durchgeführt. Mit einem einfachen Noten-System wurden daraus die allgemeinen Bewertungen abgeleitet:

Tabelle 1: Bewertungskategorien für die Wahlprogramme

Illustration	Note	Erklärung
	1	Sehr gute Ansätze und Maßnahmen fördern konkret und umfassend die Fortsetzung der Energiewende.
	2	Gute Ansätze und Maßnahmen ermöglichen eine gute Fortsetzung der Energiewende.
	3	Befriedigende Ansätze und Maßnahmen für die teilweise Fortsetzung der Energiewende.
	4	Schwache Ansätze und Maßnahmen, die eher zu einer Stagnation der Energiewende führen.
	5	Ungenügend: die vorgeschlagenen Ziele und Maßnahmen reichen nicht aus oder sie sind sogar konträr zu den Erfordernissen für die Energiewende.
	NA	Das Themenfeld findet keine Erwähnung → es ist unklar, welche Maßnahmen geplant sind, da das Programm hierzu keine Aussagen macht.

Diese Bewertung nach den Schulnoten wurde anschließend bezüglich jeder Kategorie konkretisiert und noch mit Schlagworten verfeinert. Die konkrete Bewertungsmatrix ist im Annex dargestellt. Diese Bewertungsmatrix war die Grundlage für eine transparente, vergleichbare und objektive Bewertung der Wahlprogramme.

Um die Objektivität sicherzustellen, ist das Team des RLS-Graduiertenkollegs folgendermaßen vorgegangen. Die 23 Wahlprogramme (AfD, B90/Grüne, BSW, CDU, FDP, FW, Linke, SPD für je drei Bundesländer Brandenburg, Thüringen und Sachsen⁷) wurden zufällig auf die Expert:innen verteilt. Jedes Wahlprogramm wurde hinsichtlich aller Kriterien bewertet und alle wesentlichen Passagen aus den Wahlprogrammen wurden pro Kriterium dokumentiert. Alle Wahlprogramme wurden vollständig gelesen und mit Hilfe der Schlagwörter durchsucht, sodass auch Aussagen außerhalb der Hauptkapitel zur Energiewende genutzt wurden. Nach der ersten Bewertungsrunde wurden die Bewertungen pro Kriterium entlang der Wahlprogramme aller Parteien überprüft und verglichen. Dabei wurden die gesammelten Passagen genutzt und anonymisiert, so dass keine unbewusste Bevorzugung / Benachteiligung einer Partei erfolgen konnte. Mit diesem sogenannten „Horizontalcheck“ wurde sichergestellt, dass keine ungleiche Bewertung der Wahlprogramme entlang einer Kategorie erfolgte.

⁷ Das Programm der FW Thüringen lag zum Redaktionsschluss (5.7.2024) der Analyse nicht vor.

Wahlprogramm-Check Sachsen: Ergebnisse

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse des Wahlprogramm-Checks für Sachsen präsentiert. Zuerst wird ein Überblick über die Ergebnisse aller Parteien gezeigt und verglichen. Anschließend werden die Details für jede einzelne Partei, absteigend sortiert nach den Ergebnissen der letzten Wahl, beschrieben.

Überblick

Die folgende **Abbildung 3** zeigt das Abschneiden der sieben analysierten Wahlprogramme entlang der präsentierten Kriterien (vgl. **Worauf es ankommt: Elf energiepolitische Bewertungskriterien**) sowie der Durchschnittsnote als Gesamtbewertung.

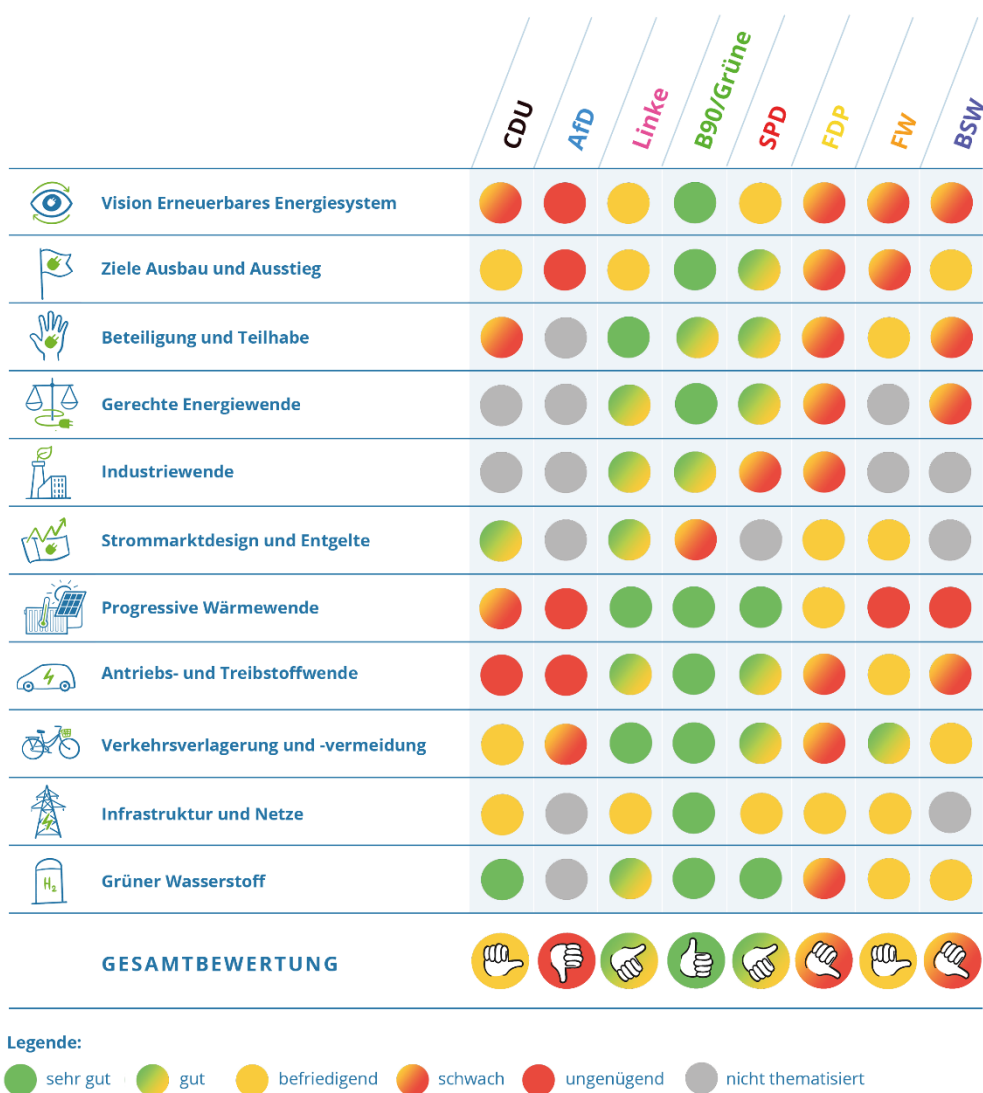


Abbildung 3: Überblick Ergebnisse Wahlprogramm-Check Sachsen

Der Gesamteindruck über alle Wahlprogramme ist gemischt. Nur drei Programme haben eine insgesamt sehr gute (B90/Grüne) bzw. gute (Linke und SPD) Bewertung erhalten. Im Gegensatz dazu haben drei Programme ein ungenügend (AfD) oder eine schwache Bewertung (FDP und BSW) bekommen. Es zeigt sich, dass in manchen Programmen einige Kriterien nicht erwähnt werden, wobei am häufigsten die Industriewende nicht thematisiert wird. Beteiligung und Teilhabe, Verkehrsverlagerung und -vermeidung, Infrastruktur und Netze sowie Förderung von grünem Wasserstoff schneiden über alle Programme hinweg am besten ab.

Die CDU kann in ihrem Wahlprogramm keinen umfassenden Plan zur Energiewende vorlegen. Zwar wird die Förderung von grünem Wasserstoff positiv hervorgehoben, doch fehlen umfassende Transformationspläne und teilweise werden sogar klimaschädliche Vorschläge gemacht. Themen wie Industrie und soziale Gerechtigkeit bleiben unzureichend behandelt.

Die AfD hingegen tritt mit ihrem Wahlprogramm aktiv gegen die Energiewende an. Erneuerbare Energien werden kaum thematisiert oder abgelehnt, während fossile Energieträger weiterhin gefördert werden sollen.

Die Partei Die Linke präsentiert in ihrem Wahlprogramm einen überzeugenden und umfassenden Plan zur Energiewende. Es werden viele wichtige Themen angesprochen und die Herausforderung einer Erneuerbaren Energiewende wird differenziert behandelt.

B90/Grüne gelingt es, sehr konkrete Ideen und Maßnahmen zur Unterstützung der Energiewende darzustellen. Ihre klaren Visionen und Ziele machen die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen realistisch und erreichbar.

Das Wahlprogramm der SPD bietet eine solide Grundlage für die Energiewende in Sachsen. Besonders positiv sind die Vorschläge zur Wärmewende und zur Förderung von grünem Wasserstoff. Allerdings fehlt es an konkreten Maßnahmen in den Bereichen Infrastruktur und Netze. Zudem wird das Strommarktdesign nicht ausreichend thematisiert.

Die FDP kann in der Gesamtbewertung mit ihrem Programm zur Energiewende nicht überzeugen. Es gibt keine konkreten Ausstiegsszenarien aus fossilen Energien und die Nutzung der Kernenergie soll fortgesetzt werden. Die Vorschläge bleiben allgemein und wenig konkret.

Die Freien Wähler (FW) schaffen es ebenfalls nicht, einen überzeugenden Plan zur Energiewende vorzulegen. Während positive Ansätze wie die Verkehrsverlagerung vorhanden sind, fehlen klare Strategien zur Stilllegung fossiler Infrastrukturen und zur Transformation hin zu Erneuerbaren Energien.

Das Wahlprogramm der BSW weist keine umfassende Planung für die Energiewende auf. Wichtige Themen wie Netze und Entgelte werden vernachlässigt und es fehlen konkrete Ziele für eine nachhaltige Transformation. Durch das Festhalten an veralteten Strukturen könnte das Programm in Bereichen wie der Wärmewende sogar kontraproduktiv wirken.

Grundsätzlich zeigt sich, dass die Parteien sich in ihren Programmen größtenteils sehr ausführlich zu Energiethemen positionieren. **Energiepolitik ist eben auch Ländersache** und die Parteien versuchen, **das Gestaltungspotenzial auf Landesebene zu nutzen**. Dabei werden unterschiedliche Ambitionen und Schwerpunkte gesetzt: Diese können die Energiewende fördern, aber auch hemmen. Wie stark sich welche Programmatik durchsetzen und die Regierungsarbeit in der kommenden Legislaturperiode in Sachsen prägen wird, hängt letztlich jedoch wesentlich von den Stimmen der Wähler:innen ab.

CDU

Das Wahlprogramm der **Christlich Demokratische Union (CDU)** hat eine **befriedigende** Gesamtbewertung. Dazu passt eine **Energiewende-Vision**, in der zwar die Energiewende positiv bewertet wird, aber abgesehen von deren Wirtschaftlichkeit keine klare Zielvision verfolgt. Es fehlen **ambitionierte Ausbauziele** für Erneuerbare Energien und einen umfassenden Plan für die klimaneutrale Gesellschaft. Ein klimafreundlicher Kohleausstieg vor 2038 wird abgelehnt.

Vor allem in Bezug auf den Ausbau einer Infrastruktur für **grünen Wasserstoff** zeigt das Wahlprogramm **sehr gute Ideen**. Dabei wird die Relevanz von grünem Wasserstoff für die lokale Industrie anerkannt und grüne Produktion gefordert. Konkret spricht sich das Programm für umfangreiche Forschung und Entwicklung von grünem Wasserstoff aus und möchte diese in einem Anschluss Sachsens an das Wasserstoffkernnetz umgesetzt sehen. Darüber hinaus lassen sich für ein **flexibles Strommarktdesign und Entgelte gute** und konkrete **Forderungen** finden. Hier wird ein sogenanntes intelligentes Stromnetz mit flexiblen Entgelten beschrieben, welche die Attraktivität von Speichern und Eigenverbrauch fördern sollen.

Befriedigende Positionen werden im Wahlprogramm der CDU im Bereich **Infrastruktur und Netze** skizziert, da Versorgungssicherheit und Netzstabilität betont werden. Jedoch werden außer einem Batteriespeicherausbau und einem intelligenten Stromnetz keine weiteren Ideen oder Pläne hervorgehoben. So werden Sachsens Netzbetreiber:innen oder die notwendige Umstrukturierung der Gasnetze des Landes im Programm nicht erwähnt.

Schwach hingegen sind die Vorschläge zur Umsetzung einer **progressiven Wärmewende** und zur **Teilhabe und Beteiligung**. Außer einer juristischen und finanziellen Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung, lassen sich im Programm keine weiteren Transformationspläne für die sächsische Wärmebereitstellung und die damit verknüpften Gasnetze erkennen. Auch im Bereich der öffentlichen Beteiligung fallen die Ansätze schwächer aus, da nur vereinzelte Ideen zur finanziellen Beteiligung der Bevölkerung an Erneuerbaren genannt werden.

Im Bereich der **Mobilitätswende** werden **befriedigende bis kontraproduktive Ideen** genannt. Während der Aspekt der **Verkehrsverlagerung** durch eine Stärkung des ländlichen ÖPNVs und der Rad- und Bahninfrastruktur progressive Pläne aufweist, wird eine **Verkehrsvermeidung** durch gezielten Ausbau des Individualverkehrs nicht anvisiert. Geschwindigkeitsbegrenzungen in Form eines Tempolimits werden abgelehnt. Darüber hinaus erteilt das Programm eine Absage an eine mögliche **Antriebswende** für das Land Sachsen, da eine Treibstoffwende boykottiert wird.

Nicht ausreichend behandelt werden die **Gerechte Energiewende** und der **Umbau der Industrie**, obwohl beide entscheidende Faktoren für eine nachhaltige und erfolgreiche Energiewende sind.

Im **Gesamteindruck gelingt es der CDU nicht**, in ihrem Wahlprogramm **einen ganzheitlichen Plan zur Energiewende zu präsentieren**. Während sich zum Beispiel mit der Förderung von grünem Wasserstoff für eine Maßnahme ausgesprochen wird, die die Energiewende unterstützen kann, stehen diesem gleichzeitig fehlende Transformationspläne und gar klimaschädliche Vorschläge gegenüber, die insbesondere im Bereich der Wärme- und Verkehrswende zu wünschen übriglassen. Es wurden wichtige Themen wie die Industrie oder Gerechtigkeit im Prozess nicht angesprochen oder nicht ausreichend thematisiert.

AfD

Das Wahlprogramm der Partei **Alternative für Deutschland (AfD)** wurde als **ungenügend** bewertet. Dazu passt die im Wahlprogramm zu findende Einschätzung, wonach die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung auf bisher unbewiesenen hypothetischen Klimamodellen fußen würde. Das bedeutet, dass die AfD verneint, dass es einen menschengemachten Klimawandel gibt und lehnt entsprechend alle dazu gehörigen Maßnahmen als rein „ideologisch“ ab. **Entsprechend sind die Ausbauziele negativ**, Erneuerbare sollen sogar rückgebaut beziehungsweise nicht erneuert werden und Kohle- und Atomstrom stark ausgebaut werden.

Es gibt **keine Kategorien**, in der das Wahlprogramm sehr gut, gut oder befriedigend abschneidet.

Lediglich **Inhalte zu Verkehrsverlagerung und -vermeidung** wurden als **schwach** bewertet. Es werden zwar **PKWs priorisiert**, trotzdem soll außerdem eine Förderung von Radverkehr durch einen Ausbau von Fahrradwegen und des ÖPNV durch die Förderung von Bahnhöfen und deren Funktion als Kultur-, Begegnungs- und Einkaufsstätten stattfinden.

In den Bereichen **Vision, Ausbauziele, Wärmewende und die Antriebs- und Treibstoffwende** ist das **Wahlprogramm ungenügend**. Erneuerbare sollen nicht ausgebaut werden und der Kohleausstieg soll zurückgenommen werden. Die Wärmewende soll unterbunden werden, Elektromobilität ist nicht gewollt und der Verbrennungsmotor soll weiter genutzt werden.

Keine Erwähnung im Wahlprogramm finden die Bereiche, **Beteiligung und Teilhabe, Gerechte Energiewende** (Solidarische Aufteilung von Kosten und Gewinnen), Umbau der **Industrie** in einer klimaneutralen Wirtschaft, flexibles **Strommarktdesign und Entgelte, Infrastruktur und Netze** und die Förderung von **grünem Wasserstoff**.

Im **Gesamteindruck** tritt die AfD mit ihrem Wahlprogramm aktiv dafür ein, **die Energiewende zu verhindern**. Wichtige Aspekte der Energiewende werden entweder nicht thematisiert oder passende Maßnahmen abgelehnt beziehungsweise fossile Energieträger aktiv gefördert.

Die Linke

Das Wahlprogramm der Partei **Die Linke** weist eine **gute Gesamtbewertung** auf. Während sich in der Kommunikation von **Ausbauzielen und Visionen** eher **befriedigende** Ansätze finden lassen, macht das Programm in den folgenden Bewertungskategorien fast ausschließlich gute und sehr gute Vorschläge. Dabei wird ein Abschied von fossilen Energieträgern Europaweit gefordert und durch konkrete Maßnahmen in den einzelnen Kategorien unterstützt.

Als **sehr gut** wurden die Vorschläge zur **öffentlichen Beteiligung und Teilhabe**, den Plan für eine **progressive Wärmewende** und die Ideen zur **Verkehrsverlagerung und Vermeidung** bewertet. An erster Stelle weist das Programm in Bezug auf Teilhabe ein ganzheitliches und demokratisierendes Verständnis für die Ebenen der Öffentlichkeitsbeteiligung auf. Dabei werden sowohl finanzielle als auch prozessuale Beteiligungsformen angesprochen und die Identitätsfrage des Strukturwandels offen behandelt. Es werden mehrere Maßnahmen auf Landesebene vorgeschlagen und Fragen der Akzeptanz dialogorientiert diskutiert. Auch im Bereich der Wärmewende zeigt das Programm progressive und umfangreiche Ideen auf. Auf technischer Ebene werden hier erneuerbare Heizungsarten, wie Großwärmepumpen, Solarthermie und Abwärmequellen gefördert und netzorientierte Lösungen besprochen, welche eine gerechte Verteilung der Transformationskosten nicht aus den Augen verlieren und über die Grenzen der eigenen Kommunen hinausgehen. Darüber hinaus, macht das Programm durch eine Förderung des ÖPNVs, flächendeckenden Sharingangeboten und der Unterstützung von Radfahrer:innen weitere sehr gute Vorschläge für eine Verkehrsverlagerung. Auch im Bereich der Verkehrsvermeidung zeigen sie ein Verständnis für die Relevanz kurzer Wege und nennen eine voranschreitende Digitalisierung dort als wichtigsten Punkt.

Der **größte Teil der Kategorien** wurde in Bezug auf das Wahlprogramm der Linken als **gut bewertet**. So strebt das Programm eine sozial **gerechte Energiewende** an, bei der finanzielle Entlastungen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen vorgesehen sind. Darüber hinaus setzt die Partei auf zukunftsorientierte **Industrien** und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die mit den Anforderungen einer klimaneutralen Wirtschaft vereinbar sind. Ein weiterer wichtiger Punkt im Programm ist die Reform des **Strommarktdesigns**, um faire und sinkende Strompreise zu gewährleisten, was durch ein flexibles Strommarktdesign erreicht werden soll. Im Bereich der **Mobilitätswende** fördert das Programm den **Umstieg auf umweltfreundliche Antriebsarten**, wie batteriebetriebene Fahrzeuge, um die CO₂-Emissionen im Verkehrssektor zu reduzieren. Außerdem wird **grüner Wasserstoff** als zentraler Bestandteil der zukünftigen Energieversorgung gesehen, und die Partei plant, die Forschung und Anwendung in diesem Bereich zu intensivieren.

Einzig im Bereich **Infrastruktur und Netze** skizziert das Wahlprogramm nur **befriedigende Ideen**. Dabei wird die Erforschung und Förderung eines intelligenten Stromnetzes und die Investition in den Ausbau dieser Netze geplant, aber weitere Maßnahmen nicht erwähnt.

Im **Gesamteindruck** gelingt es der Partei Die Linke, in ihrem Wahlprogramm einen **überzeugenden Plan zur Energiewende** zu präsentieren. Es werden wichtige Themen angesprochen und die facettenreiche Herausforderung einer Erneuerbaren Energiewende umfassend behandelt wird.

B90/Grüne

Das Wahlprogramm der **Partei Bündnis 90/Die Grünen (Grüne)** hat die **Gesamtbewertung sehr gut**. Dazu passt ihre Vision, wonach das oberste Ziel der Energiewende sei, Klimaneutralität und Klimagerechtigkeit, Versorgungssicherheit und günstige Preise zu vereinen. Dies sichert nur ein ambitionierter und entschlossener Ausbau der Erneuerbaren Energien, was als klares Bekenntnis zu einer progressiven Energiewende gedeutet werden kann.

Dabei präsentiert die Partei in ihrem Wahlprogramm in den Bereichen **Vision, Ziele, Gerechte Energiewende, Wärmewende, Mobilitätswende, Infrastruktur und Netze und Wasserstoff sehr gute Ideen**. Es werden sehr ambitionierte Ausbauziele für Wind und PV formuliert. Zudem wird eine Flächenbereitstellung vorgeschlagen und Planungs- und Genehmigungsverfahren werden thematisiert. Das Wahlprogramm erkennt außerdem an, dass Kohle schon vor 2038 nicht mehr wettbewerbsfähig sein wird und daher die Bedingungen für einen frühestmöglichen Ausstieg geschaffen werden müssen, um Risiken zu vermeiden. Die Gerechtigkeitsaspekte der Energiewende werden anerkannt und vielfältig adressiert und beziehen sich nicht nur auf finanzielle Fragestellungen, sondern auch auf Gesundheit. Um diesem Anspruch zu begegnen werden verschiedene Maßnahmen genannt werden, wie zum Beispiel Klimabudgets, Beratungsangebote, ein sozialer Mietmarkt, ein vergünstigtes Deutschlandticket und der Schutz vor Lärm und Abgasen. Die Vorschläge zur Wärmewende sind umfangreich und zielgerichtet. Sie beziehen sich auf eine effiziente Wärmeversorgung mit Erneuerbaren Energien und einen geringeren Wärmebedarf in Gebäuden. Unter anderem soll es eine Solarpflicht für neue Gebäude geben. Für Infrastruktur und Netze fordert das Wahlprogramm einen verstärkten und intelligenten Netzausbau sowie eine systemdienliche Erschließung verschiedener Speichermöglichkeiten. Dazu gehört auch die Förderung von grünem Wasserstoff durch verbesserte Infrastruktur, Projektförderung und Bildungsförderung.

In den Bereichen **Beteiligung und Teilhabe** sowie **Industrietransformation** beschreibt das Programm **gute Ansätze**. Dazu zählt zum Beispiel Energiegenossenschaften durch Beratung, Bereitstellung von Flächen und die Befreiung von Ausschreibungspflichten besonders zu unterstützen. Es wird die notwendige Transformation in der Lausitz beschrieben, allerdings fehlen konkrete Punkte zur klimaneutralen Industrie.

Schwach sind die Inhalte zu flexiblem Strommarktdesign und Entgelte, bei denen zwar auf die notwendigen Technologien eingegangen wird, aber keine konkreten Maßnahmen wie zum Beispiel variable Netzentgelte thematisiert werden.

Im Gesamteindruck gelingt es der Partei B90/Grüne mit ihrem Wahlprogramm, **sehr konkrete Ideen und Maßnahmen zu beschreiben, die der Energiewende in allen Aspekten förderlich** sind. Erkennbar ist eine klare Vision und Ziele, die entlang der einzelnen Maßnahmen in den verschiedenen Kategorien sehr gut erreichbar gemacht werden.

SPD

Das Wahlprogramm der **Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)** wird in der **Gesamtbewertung** als **gut** eingestuft. Diese Bewertung entspricht der **Vision** einer ambitionierten und gerechten Energiewende, die darauf fußt „die Erneuerbaren Energien umfassend und zügig auszubauen“ und auf eine Dekarbonisierung der Wirtschaft abzielt. Dabei enthält das Programm ambitionierte **Ziele** zum Ausbau von PV und sieht das Potential eines Kohleausstiegs vor 2038.

Das Wahlprogramm beinhaltet **sehr gute Ideen** im Bereich der **Wärmewende** und bei der **Förderung von grünem Wasserstoff**. Bei der Wärmewende wird die Sektorenkopplung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität mitgedacht und der Umstieg auf erneuerbare Quellen als Voraussetzung angesehen. Darüber hinaus werden eine dezentrale Wärmewende und deren Bezahlbarkeit in den Vordergrund gerückt. Beim Wasserstoff soll Sachsen zum Kern einer grünen Wasserstoffwirtschaft avancieren, wofür eine Finanzierungsstruktur erstellt werden soll, was auch Förderungen impliziert.

Die Kriterien **Ausbauziele, Beteiligung und Teilhabe, Gerechte Energiewende, und Mobilitätswende** wurden als **gut** eingestuft. Partizipation soll durch einen Transformationsbeirat gestärkt und eine finanzielle Beteiligung durch Gewinnbeteiligung und spezielle Tarife ermöglicht werden. Es fehlen aber lokale Beteiligungskonzepte. Es werden sozio-ökonomische Aspekte der Wärmewende anerkannt und Unterstützung zugesagt. Der Kohleausstieg und die Nutzung europäischer Mittel für den Strukturwandel werden explizit erwähnt. Die Mobilitätswende wird ganzheitlich adressiert, weswegen „[öffentliche] Nah-, Rad- und Fußverkehr und das Auto der Zukunft gleichberechtigt [behandelt und gefördert]“ werden sollen. Dabei erfolgt ein klares Bekenntnis zur klimaneutralen **Antriebs- und Treibstoffwende**, und „Sachsen [soll] zum E-Autoland“ werden, wofür Ladesäuleninfrastruktur ausgebaut werden soll. **Verkehrsvermeidung** wird durch eine verbesserte Nahversorgung gefördert. Eine **Verkehrsverlagerung** wird durch Förderung von ÖPNV, Sharing Angeboten und Radverkehr sowie einer Landesnahverkehrsplanung vorangebracht.

Befriedigende Ansätze sind im Bereich **Vision** und **Infrastruktur und Netze** zu finden. Im Bereich Infrastruktur und Netze fehlt es an konkreten Plänen zur Umsetzung. Während Speichertechnologien nur kurz erwähnt werden, ist der Einsatz von Gaskraftwerken mit grünem Wasserstoff als Brückentechnologie als fragwürdig zu bewerten. Das Programm zur **Industrie** ist **schwach**, und ein positives Bekenntnis zur Transformation lässt sich nur erahnen.

Ein entscheidender Aspekt für eine erfolgreiche Energiewende, ein **flexibles Strommarktdesign und Entgelte**, werden im Wahlprogramm **nicht adressiert**.

Insgesamt bietet das Wahlprogramm der SPD eine **solide Grundlage für die Energiewende** in Sachsen. Besonders positiv sind fortschrittlichen Vorschläge zur Wärmewende und der Förderung von grünem Wasserstoff. Dennoch fehlt es bei Infrastruktur und Netzen an konkreten Maßnahmen und Strommarktdesign und Entgelte finden überhaupt keine Erwähnung, was die Gesamtbewertung beeinträchtigt.

FDP

Das Wahlprogramm der **Freien Demokratischen Partei (FDP)** wird in der **Gesamtbewertung als schwach eingestuft**. Dazu passt, dass in der beschriebenen **Energiewende-Vision** „Kernenergie als wichtige Säule im Energiemix“ gesehen wird und ein vorgezogener Kohleausstieg abgelehnt wird. In den **Zielen** fehlen klare Ausstiegsszenarien sowie ambitionierte Ausbaupläne für Wind und PV.

Entsprechend gibt es **kein Kriterium, in dem das Wahlprogramm sehr gut oder gut abschneidet**.

Als **befriedigend** wurden lediglich die Inhalte des Wahlprogramms zu flexiblem **Strommarktdesign, progressiver Wärmewende sowie Infrastruktur und Netze** bewertet. Laut Wahlprogramm sollen die Netzentgelte reformiert werden, um Bundesländer mit einem hohen Anteil an Erneuerbaren nicht stärker zu belasten als andere Bundesländer. Es fehlen jedoch konkrete Vorschläge und darüber hinaus Ansätze, den Strommarkt flexibel zu gestalten. Außerdem erkennt das Wahlprogramm die Notwendigkeit einer Wärmewende zwar an, liefert aber keine konkreten Maßnahmen für deren Umsetzung. Schließlich sollen Großspeicher errichtet werden, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, aber auch hier fehlen konkrete Vorschläge für die Verwirklichung dieses Vorschlags.

In **allen weiteren Kriterien** (Vision, Ausbauziele, Beteiligung und Teilhabe, Gerechte Energiewende, Umbau der Industrie, Antriebs- und Treibstoffwende, Verkehrsverlagerung und -Vermeidung, Förderung von grünem Wasserstoff) **wurde das Wahlprogramm der FDP als schwach bewertet**. Im Es wird nur allgemein von finanzieller Teilhabe von Haushalten und finanziellem Belastungsausgleich für Kommunen gesprochen und es werden keine Beteiligungsangebote beschrieben. Beim Thema Gerechte Energiewende werden ausschließlich soziale Auswirkungen von hohen Strompreisen erwähnt, aber keine landesweiten Maßnahmen vorgeschlagen. Die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft soll zwar unterstützt werden, aber es werden keine konkreten Vorschläge hierzu genannt und es sind keine Ambitionen zum Umbau erkennbar. Bei der Verkehrswende liegt der Fokus ausschließlich auf dem Auto. Schiene und ÖPNV werden nicht erwähnt.

Im **Gesamteindruck ist das Wahlprogramm der FDP nicht förderlich für die Energiewende**. Dabei ist insbesondere das Fehlen von klaren Ausstiegsszenarien, die Weiternutzung der Kernenergie, der Mangel an einem Konzept für die Mobilitätswende sowie Beteiligung, Teilhabe, und Gerechtigkeit zu nennen. Weiterhin ist es verwunderlich, dass weder für grünen Wasserstoff noch für die Industrietransformation Ideen hervorgebracht werden. Weitere Vorschläge für eine Energiewende bleiben wenig konkret.

FW

Das Wahlprogramm der **Freien Wähler (FW)** hat eine gemischte Bewertung und fällt **insgesamt befriedigend** aus. Sowohl ihre **Vision** eines zukünftigen Energiesystems, als auf die daran gekoppelten **Ausbauziele** fallen jedoch schwach aus. Die Energiewende wird zwar als positiv dargestellt, jedoch bleiben ambitionierte Programme zur Förderung der Erneuerbaren aus und klimaschädliche Infrastrukturen wie Gasnetze sollen bis zum Erreichen einer noch nicht möglichen Kernfusion gestärkt werden.

Gute Ideen zeigen sich im Wahlprogramm in der **Verkehrsverlagerung und -vermeidung** und der dazugehörigen **Antriebs- und Treibstoffwende**. Eine Stärkung der öffentlichen Infrastruktur für Schienenverkehr und Radfahrer:innen wird gefordert. Es werden außerdem konkrete Carsharing-Projekte und Förderungen für Städte ab 20.000 Einwohner:innen skizziert. Die Antriebs- und Treibstoffwende wird durch einen Fokus auf E-Mobilität adressiert, der mit einer gestärkten Ladeinfrastruktur und besseren Preischancen für Erwerb und Verkauf eines Autos einhergeht.

Die meisten weiteren Kategorien bewegen sich im Bereich **befriedigend**. In Bezug auf **Beteiligung und Teilhabe** wird sich für die finanzielle Teilhabe und Bürgerbeteiligung ausgesprochen und vor allem Genossenschaften als Beteiligungsmodell hervorgehoben, wobei konkrete Maßnahmen fehlen. Während ein flexibles **Strommarktdesign und Entgelte** nur hinsichtlich hoher Strompreise angesprochen wird, werden im Bereich **Infrastruktur und Netze** wichtige Aspekte Netzausbau und dezentrale Speicherkapazitäten erkannt, doch durch die Förderung von Bergbau und Rohstoffgewinnung wird einem umfassenden Umbau zum Erneuerbaren Energiesystem nicht ausreichend Gewicht beigemessen. Eine **Wasserstoffinfrastruktur** soll aufgebaut werden, doch fehlen die konkreten Anwendungsbereiche und Hochlaufstrategien. Darüber hinaus wird im Programm nicht geklärt, wo und wie der geplante Wasserstoff produziert werden soll.

Bezüglich einer **Wärmewende** in Sachsen, vertritt das Wahlprogramm der Freien Wähler gar **kontraproduktive und regressive Ansichten**. So soll „die sofortige Rücknahme des geplanten Verbots von Öl- und Gasheizungen“ erfolgen und Gebäudesanierungsvorschriften limitiert werden. Unter dem Schlagwort der Technologieoffenheit sollen damit Gasinfrastrukturen und fossile Heizungen gestärkt und verlängert werden, was einer Wärmewende klar im Weg stehen würde. Darüber hinaus wird wider wissenschaftlicher Machbarkeitsstudien zu Kapazitäten und technologischer Komptabilität eine Umstellung des Erdgasnetzes auf Wasserstoff erfolgen.

Sowohl die Kategorien **Gerechte Energiewende** und **Industrie** werden im Wahlprogramm **nicht behandelt**. Dadurch wird eine gerechte Verteilung der Transformationskosten vernachlässigt und die Relevanz einer zukunftsfähigen Arbeitslandschaft in der Industrie in Sachsen übersehen.

Abschließend **gelingt** es den Freien Wählern in ihrem Wahlprogramm **nicht, einen überzeugenden Plan zur Energiewende zu präsentieren**. Während sich zum Beispiel mit der Verlagerung des Verkehrs gute Ansätze finden lassen, wird im Bereich Wärmewende die Stilllegung fossiler Infrastrukturen und daher auch eine Transformation in ein Erneuerbares Energiesystem behindert.

BSW

Das Wahlprogramm der Partei **Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)** hat eine **schwache Gesamtbewertung**. Dazu passt eine **schwache** Energiewende-Vision, die zwar die sozialen Aspekte betont, jedoch keine positive Zukunftsidee skizziert und Umsetzungen vertagt. Darüber hinaus fehlt es an ambitionierten Ausbau**zielen** oder Ausstiegsszenarien für fossile Energieträger, wie der Lausitzer Kohle vor 2038.

Sehr gute bis gute Bewertungen sind im Wahlprogramm **nicht zu finden**.

Die Förderung **von grünem Wasserstoff**, sowie Vorschläge zur **Verkehrsverlagerung und -verminderung** werden hingegen als **befriedigend** bewertet: In Bezug auf grünen Wasserstoff fehlen konkrete Pläne, aber es wird ein Bekenntnis zu einer grünen Wasserstoffproduktion gegeben. Andererseits werden Initiativen zur Förderung des ÖPNV gestärkt, sowie Radverkehrs und Sharing-Angebote für die Verkehrsverlagerung unterstützt. Zur Verkehrsminderung sollen das Deutschlandticket und alternative Betriebsmodelle zur Unterstützung einer besseren Bedürfnisinfrastruktur subventioniert werden.

Schwache Kategorien umfassen die **Antriebs- und Treibstoffwende, Beteiligung und Teilhabe** sowie **Gerechte Energiewende**. Dabei werden Maßnahmen der Antriebswende wie Tempolimits oder das Verbot einer Neuzulassung für Verbrennungsmotoren („Verbrennerverbot“) angelehnt. Es werden nur einseitige Beteiligungsideen wie finanzielle Unternehmensbeteiligungen vorgeschlagen. In Bezug auf eine gerechte Energiewende gibt es sogar keine direkte Erwähnung mit Verbindung zu einer Erneuerbaren Energiewende, jedoch wird dies durch Entlastungs- und Finanzierungsvorschläge in anderen Bereichen abgedeckt, welche für die Energiesystemwende relevant wären.

Bezogen auf eine **Wärmewende** in Sachsen, weist das Wahlprogramm des BSW sogar **transformationsschädliche Ideen** auf. Unter dem Deckmantel der Kostenentlastung für Mieter:innen werden erneuerbare Heizungen, wie zum Beispiel Wärmepumpen und Sanierungsprogramme dementiert und damit implizit ein Festhalten an fossilen Wärmequellen unterstützt.

Es **fehlen Vorschläge** zum erneuerbaren **Umbau der Industrie**, zum **Infrastruktur und Netze** und zum flexiblen **Strommarktdesign**.

Abschließend lässt sich sagen, dass das Wahlprogramm des BSW **keinen überzeugenden Plan für eine Energiewende präsentiert und zum Teil schädliche Positionen einnimmt**. Durch die Vernachlässigung wichtiger Themen wie Netzinfrastuktur und Entgelte verfehlt die Partei es eine ganzheitliche Transformation auf den Weg zu bringen. Während einige soziale Aspekte angesprochen werden, fehlen konkrete Ziele und Bekenntnisse zu einem Erneuerbaren Energiesystem. Durch ein Festhalten an veralteten Strukturen läuft das Programm Gefahr in Bereichen wie der Wärmewende sogar gegen eine erfolgreiche Wende zu arbeiten.

ANNEX

#	Kriterium	Leitfragen	Sehr gut	Befriedigend	Ungenügend	NA	Schlagwörter
1	Vision: Eine positive Erzählung zur Energiewende und zum Erneuerbares Energiesystem	Wird ein positives Bekenntnis im Wahlprogramm erkennbar? Werden Institutionen wie Landesagenturen gefördert, die dies unterstützen? Werden EE als Erfolg und neue Normalität dargestellt?	Das Wahlprogramm lässt erkennen, dass ein neues energiepolitisches Projekt in Richtung Erneuerbares Energiesystem gestartet werden soll.	In einzelnen Bereichen werden Ideen für die Energiewende und für das Erneuerbare Energiesystem beschrieben, allerdings ohne ein visionäres Gesamtpaket zu präsentieren.	Das Wahlprogramm beschreibt hinsichtlich der Energiewende und dem Erneuerbaren Energiesystem maximal ein „Weiter so“.	Es wird keine Aussage zur Energiewende oder zum Erneuerbaren Energiesystem getroffen	Energiewende; Erneuerbare Energie; Energiesystem; Landesagentur; EEG; GEG
2	Ziele: Ambitionierte Ausbauziele für Erneuerbare Energien und klare Ausstiegsszenarien für fossil-atomare	Werden ambitionierte Ausbauziele für Erneuerbare Energien für das Bundesland benannt und ein klarer Ausstieg aus Kohle und Co in Angriff genommen? Wird progressiv agiert und die Flächenbereitstellung (insbesondere für Windenergie) vorangebracht?	Ambitionierte Ausbauziele für Erneuerbare Energien und Klare Kohleausstiegsszenarien werden erwähnt und mit konkreten Maßnahmen verknüpft.	Der Ausbau des Erneuerbaren Energiesystems und ein Kohleausstieg werden erwähnt, aber es fehlen jährliche Ziele oder klare Ausstiegsszenarien.	Ambitionierte Ausbauziele fürs Erneuerbare Energiesystem, oder Ausstiegsszenarien für Kohle sind nicht gewollt.	Es werden im Wahlprogramm weder Ausbauziele für das Erneuerbare Energiesystem noch klare Ausstiegsszenarien aus Kohle erwähnt.	Ausbau; Ziele; Wind; PV; Wasserkraft; Kohle; Gas; Ausstieg; Planung; Fossil; Flächen; Flächenbereitstellung
3	Beteiligung und Teilhabe	Wird mit der Programmatik im Wahlprogramm die Mitwirkung an Energieprojekten und an der Energiepolitik gestärkt? Werden Teilhabe und Beteiligung als wichtige Elemente der Energiewende anerkannt und dazu konkrete Vorschläge gemacht? Geht es nur um Kommunen oder auch Bürger? Gibt es Landesgesetze für Beteiligung?	Im Wahlprogramm werden Teilhabe und Bürger:innenbeteiligung als wichtige Elemente der Energiepolitik und Energiewende bezeichnet, und es wird hierfür konkrete Maßnahmen vorgeschlagen wie dies gestärkt werden soll. Dies geht über rein monetäre Beteiligung hinaus und erkennt soziale und planerische Ebenen an.	Es wird allgemein von mehr Teilhabe und Beteiligung von der Bevölkerung an Energieprojekten und Energiepolitik geschrieben, aber konkrete Beteiligungsmöglichkeiten und –vorschläge werden nicht oder vereinzelt erwähnt.	Eine Stärkung der Teilhabe und Bürger:innenbeteiligung werden abgelehnt.	Beteiligung und Teilhabe werden im Wahlprogramm nicht erwähnt.	Planung; Beteiligungsverfahren; Prozessbeteiligung; Informationsmanagement; Akzeptanz; Energy Sharing; Energiegenossenschaften; Bürgerenergie; Gewinnbeteiligung bei Wind/PV; Bürgerforen; Einspeisevergütung; Partizipation

#	Kriterium	Leitfragen	Sehr gut	Befriedigend	Ungenügend	NA	Schlagwörter
4	Gerechte Energiewende (Solidarische Aufteilung von Kosten und Gewinnen)	Gibt es eine Idee für Aufteilung von Kosten der Energiewende? Abfederung von Härtefällen? Umlagen von Sanierungskosten? Neuausrichtung für faire Netzentgelte? Kredite/Schuldenaufnahme für Investitionen in Transformation gewünscht? Werden intersektionale Realitäten anerkannt (i.e.: (Energie-)Armut oder Identitätenbildung)	Das Wahlprogramm fordert eine gerechte Energiewende und macht mehrere konkrete Vorschläge, wie eine solidarische Aufteilung von Kosten und Gewinnen gestaltet werden kann. Darüber hinaus liegt ein komplexes Verständnis der Lebensrealität der Menschen zugrunde.	Die Bedeutung der gerechten Energiewende wird betont, aber es werden kaum konkreten Maßnahmen vorgeschlagen.	Es werden einzelne Maßnahmen genannt, die eine gerechte Energiewende und solidarische Aufteilung von Kosten und Gewinnen erschweren würden.	Konzepte der gerechten Energiewende werden nicht erwähnt.	Härtefälle; Energiekosten; Energiepreis; Kostenbelastung; Geringe Einkommen; (Energie) Armut; Entlastungen; Transformationsfonds; Identität/Akzeptanz; Flächengerechtigkeit; Solidarisch; Klimageld; CO2 Preis in Mietobjekten; Gesundheitsbelastung z.B. durch Verkehrsführung/Abgase; Gestaffelte Förderungen vs Giesskanne; Arbeitsplätze;
5	Umbau der Industrie in einer klimaneutralen Wirtschaft	Werden Strategien zur Erreichung einer klimaneutralen Industrie diskutiert (Elektrifizierung, Wasserstoff, CCU/S)? Ist erkennbar, dass Erneuerbare Energien im Vordergrund stehen? Gibt es konkrete regulatorische Ansätze für Förderungen und Maßnahmenvorschläge?	Das Wahlprogramm fordert einen Umbau der Industrie und Jobs in der klimaneutralen Wirtschaft und es werden dahingehend konkrete Vorschläge gemacht.	Es wird einen Umbau der Industrie und Jobs in der klimaneutralen Wirtschaft gefordert, aber in der Umsetzung bleibt das Wahlprogramm sehr unkonkret.	Der Umbau der Industrie und Jobs in der klimaneutralen Wirtschaft soll nicht oder nur mit geringem Tempo erfolgen.	Der Umbau der Industrie und Jobs in der klimaneutralen Wirtschaft wird nicht thematisiert.	Industrie; Elektrifizierung; Wasserstoff; Dekarbonisierung; Defossilisierung; Klimaneutral; Umbau; Arbeitsplätze; Zukunftstechnologien
6	Flexibles Strommarktdesign und Entgelte	Wird angeregt, dass wir ein neues und flexibles Strommarktdesign für EE brauchen? Werden konkrete Vorschläge gemacht? Wird eine Reform der Netzentgelte angedacht?	Das Wahlprogramm fordert einen Umbau des Stromsystems und macht konkrete Vorschläge, wie ein flexibler Strommarkt gestaltet werden kann.	Es wird allgemein von einem flexiblen Strommarkt geschrieben, aber ein konkretes Strommarktdesign wird nicht oder nur vereinzelt dargestellt.	Den Umbau des Strommarktdesigns wird abgelehnt bzw. es werden Maßnahmen genannt, die dieser entgegenwirken würden.	Die Gestaltung eines neuen, flexiblen Strommarktdesigns wird nicht erwähnt.	dynamische Strompreise; dynamische (Netz)Entgelte; neue Tarifmodelle; Stromtarife; Strommarktdesign; Flexibler Strommarkt; Flexible Nutzung; haushaltsnahe Flexibilitäten; Smart Meter; Digitalisierung (Verteilnetze)

#	Kriterium	Leitfragen	Sehr gut	Befriedigend	Ungenügend	NA	Schlagwörter
7	Progressive Wärmewende	Wird die Elektrifizierung und EE in der Wärmewende forciert (GEG, Sanierung, Kommunale Wärmeplanung, Gasausstieg)?	Die Chancen der Sektorenkopplung und das Forcieren von der Elektrifizierung und Erneuerbaren Energie in der Wärmewende wird erkannt, und hierfür werden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen.	Die Sektorenkopplung wird erwähnt aber die Verknüpfung der Elektrifizierung, Erneuerbaren Energie und Wärmewende wird nicht durch konkrete Maßnahmen gefordert.	Es werden einzelne Maßnahmen genannt, die der Sektorenkopplung bzw. das Forcieren von Erneuerbarer Energie in der Wärmewende entgegenstehen würden.	Die Potenziale der Sektorenkopplung werden nicht erwähnt.	Wärmewende; Heizungskessel; Kommunale Wärmeplanung; Gebäudeenergiegesetz; Gasnetze; Gas; Gaspreise; Gasheizung; Ölheizung; Wärmepumpen; Geothermie; Fernwärme (-netze); Nahwärme(-netze); Gebäudesanierung; Sanierungspauschale; H2ready-Heizungen
8	Antriebs- und Treibstoffwende	Wird die Verkehrswende mit Blick auf Antriebs- und Treibstoffwende (Elektrifizierung, Wasserstoff, synthetische Brennstoffe) forciert?	Das Wahlprogramm fordert eine vollständige Antriebswende, was sich auch in einzelnen Maßnahmen widerspiegelt. Fossile Kraftstoffe sollen künftig im Verkehr keine Anwendung mehr finden.	Die Antriebswende wird erwähnt und Maßnahmen gefordert, welche diese unterstützen, jedoch weitestgehend unkonkret bleiben.	Eine Antriebs- und Treibstoffwende wird abgelehnt oder Maßnahmen ergriffen, welche dieser entgegenstehen würden.	Die Antriebs- und Treibstoffwende wird nicht erwähnt.	Elektrifizierung; Elektroautos; Elektrofahrzeuge; Ladeinfrastruktur; Ladesäulen; Brennstoffzelle; Wasserstoff; Verbrennungsmotor; Verbrennerverbot; Verbrenner-Aus; technologieoffen; Auto; Parkflächen

#	Kriterium	Leitfragen	Sehr gut	Befriedigend	Ungenügend	NA	Schlagwörter
9	Verkehrsverlagerung und – vermeidung	Wird die Mobilitätswende forciert u.a. mit Blick auf Vermeidung und Verlagerung (ÖPNV, Fahrrad, keine Autobahn) forciert?	Das Wahlprogramm fordert als Teil der Mobilitätswende eine Verkehrsverlagerung und -vermeidung. Dies spiegelt sich auch in konkreten Maßnahmen wieder. Fahrrad und öffentliche Verkehrsmittel werden gegenüber dem motorisierten Individualverkehr priorisiert	Ansätze zur Verkehrsverlagerung und/oder -vermeidung werden erwähnt, aber keine entsprechenden konkreten Maßnahmen gefordert.	Maßnahmen, die verkehr verlagern oder reduzieren würden, werden abgelehnt oder es werden Maßnahmen ergriffen, welche den motorisierten Individualverkehr auf der Straße Weiter stärken. Dem Autoverkehr wird hohe Priorität eingeräumt.	Die Verkehrsverlagerung oder -vermeidung wird nicht erwähnt.	ÖPNV; Nahverkehr; Bus; Bahn; Sharing; Schiene; Deutschlandticket; Schülerticket; Fahrrad; Radweg; Mobilitätsstation; Rufbus; P2R; R2P; Quartier/Stadt der kurzen Wege; 15-Minuten-Quartier; Provinznetz; Nahversorgung; öffentliche Infrastruktur; öffentlichen Infrastruktur;5G; Stadt-Land-Verknüpfung; autofrei; Vermeidung von Verkehr; Straßennetz; Straßenausbau; Tempolimit
10	Infrastruktur und Netze	Wird der Umbau der Gas- und Strom-Infrastruktur und der Netze thematisiert und werden Vorschläge gemacht? Werden Vorschläge genannt, die zum sicheren Betrieb eines Stromnetzes beitragen, in dem die Stromnachfrage zu 100 % aus Erneuerbaren Energien gedeckt wird?	Der geforderte Umbau der Gas- und Strom-Infrastruktur und der Netze ist ambitioniert und es werden konkrete Vorschläge gemacht.	Das Wahlprogramm fordert einen Umbau der Gas- und Strom-Infrastruktur, bleibt aber wenig ambitioniert oder nur vage bei den Vorgaben.	Es werden einzelne Maßnahmen genannt die dem Umbau der Gas- und Strom-Infrastruktur und der Netze entgegenwirken würden.	Der Umbau der Gas- und Strom-Infrastruktur der Netze wird nicht thematisiert	Versorgungssicherheit / sicherer Betrieb; Netzstabilität; Systemstabilität; Systemdienlich; Netzausbau(plan); Transformation des Stromnetzes; Dezentrale Erzeugung; Smart Grid; Flexibilitätsoptionen Erneuerbarer Energien; Sektorenkopplung; Power-to-X; Vehicle-to-grid;(Groß-) Speicher
11	Förderung von Grünem Wasserstoff	Wird Wasserstoff gezielt als Teil der Energiewende gesehen? Sollen Grüne Wasserstoffprojekte (lokale Erzeugung + Transportinfrastruktur) gefördert werden?	Im Wahlprogramm wird Wasserstoff gezielt als Teil der Energiewende anerkannt und hierfür sollen Projekte für die Erzeugung und Infrastruktur gefördert werden.	In einzelnen Bereichen wird Wasserstoff gezielt als Teil der Energiewende gesehen, aber konkrete Projekte werden nicht dargestellt.	Der Einsatz vom Wasserstoff als Teil der Energiewende soll verhindert werden.	Wasserstoff wird nicht gezielt als Teil der Energiewende thematisiert.	Grüner Wasserstoff; PtX; Synthetische Kraftstoffe; Methan; Speicher; Speichersystem; Pipelines; Infrastruktur; CCS/CCU; Blauer Wasserstoff

